

Antrag an die Landesmitgliederversammlung der linksjugend [‘solid] Niedersachsen **AntragstellerIn: Randy Orlovius**

Die LMV beschließt folgenden Positionierungsantrag zur Veröffentlichung auf der Homepage und zur weiteren medialen Verbreitung:

Die linksjugend [‘solid] Niedersachsen verurteilt jegliche politische Angriffe durch parlamentarische und außerparlamentarische AkteuerInnen auf antifaschistische Initiativen.

Seit Jahren haben sich niedersächsische Behörden und allen voran die CDU-Fraktion im Landtag dem Kampf gegen den sogenannten „Linksextremismus“ verschrieben. Allein die Tatsache, dass mithilfe des „...extremismus“-Begriffes eine Gleichmacherei betrieben wird, zeigt die Hilflosigkeit und den Populismus dieser PolitikerInnen deutlich auf. Politische und gesellschaftliche Hintergründe finden keinerlei Beachtung und das Engagement gegen Rechts wird bewusst in ein schlechtes Licht gerückt und auf eine Stufe mit rechten Ideologien gestellt.

Begründet wird dieser politische Kampf gegen den „Linksextremismus“ mit einzelnen Straftaten und dem Machtmonopol des Staates. Dabei wird komplett ausgeblendet, dass die rechtsstaatlichen Mittel nicht ausreichend sind, um die Gesellschaft vor der menschenverachtenden Ideologie der RassistInnen effektiv zu schützen. Ziviler Ungehorsam, Blockaden und die Verteidigung linker Freiräume sind Bestandteil Antifaschistischer Politik und notwendiger denn je, sie lassen sich auch nicht mithilfe einer mehr als zweifelhaften Extremismustheorie kriminalisieren.

Die linksjugend [‘solid] Niedersachsen steht solidarisch an der Seite antifaschistischer Initiativen und verurteilt die Versuche der CDU, das Engagement gegen Rechts zu kriminalisieren und für ihren Wahlkampf zu missbrauchen. Die Extremismustheorie hat sich als ein ideologischer Irrweg und gleichzeitig als völlig unbrauchbar erwiesen und gehört daher abgeschafft.

Begründung:

Die CDU in Niedersachsen fällt in ihrer jüngeren parlamentarischen Arbeit wieder vermehrt mit Anfragen und Anträgen zum Thema „Linksextremismus“ auf und vermisst dabei ausreichendes Engagement der Landesregierung gegen „LinksextremistInnen“. Außerdem wird sie im Wahlkampf verstärkt auf das Thema „Innere Sicherheit“ setzen und wieder vermehrt ihren bekannten ideologischen Kampf gegen links führen. Sie wird wieder einen Hardliner in das Rennen um den Posten des Innenministers schicken und wird damit zu einem Hauptgegner in den anstehenden Wahlkämpfen.

Als Linke müssen wir hier eine klare Position beziehen und deutlich machen, dass wir weder uns, noch andere Initiativen kriminalisieren lassen.